

WERNER KRÄMER

Konträre Arbeitsformen im Ersten und Dritten Sektor

1. EINFÜHRUNG

In welchem Maß soziologische Forschung und empirische Analysen von vorgängigen Wertentscheidungen mitbestimmt sind, dafür geben die Deutungen des ›Dritten Sektors‹ ein illustres Beispiel. Die griffige Formel ›zwischen Markt und Staat‹ verweist zwar auf einen dritten eigenständigen Bereich, liefert aber keinen Ansatz für seine Eigenart. Wer in seinem Denken der Gewinnwirtschaft verhaftet ist, definiert den Dritten Sektor als deren negatives (aber nicht als eigenständiges) Profil, nämlich als Nonprofit-Sektor. Wer von der Idee des Sozialstaats mit seiner Bereitstellung geprägt ist, fragt nach der Möglichkeit, Markt und soziale Sicherheit zu koordinieren und Systemdefizite des Marktes auszugleichen.

In der ersten Sicht werden Forschungen¹ durchgeführt, in denen die ökonomieorientierte Denkvoraussetzung durchschlägt, wenn vorrangig nach möglichen neuen Arbeitsplätzen und auch nach Möglichkeiten un- bezahlter Beschäftigung gefragt wird. Diese Betrachtungsweise des Dritten Sektors als ›Jobmaschine‹, d. h. als Kompensation für kapitalbestimmte Rationalisierung und Marktgesetze, hindert daran, das qualitativ Neue selbstorganisierter, bedürfnisbezogener Initiativen wahrzunehmen. Die Konzentration auf diesen gesellschaftlichen Bereich durch sektorale Trennung birgt dann noch die Gefahr in sich, sozial gerechtere Innovationen und selbstbestimmte, menschenwürdigere Arbeitsformen nur hier für möglich zu halten, ohne sie exemplarisch für die Humanisierung der Arbeitswelt zu transferieren und einzuklagen.

Was die Sozialeistungen angeht, sehen die Vertreter der Wohlfahrtsökonomie in ihnen kalkulierbare Tauschbeziehungen. Diese seien nicht mehr wie in der Nachkriegs-Aufbauphase unter einem Versorgungsstaat

¹ Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project; vgl. *Helmut K. Anheier/Eckhart Priller/Wolfgang Seibel/Annette Zimmer (Hrsg.), Der Dritte Sektor in Deutschland. Organisationen zwischen Staat und Markt im gesellschaftlichen Wandel*, Berlin 1998; *Jeremy Rifkin, Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft*, Frankfurt 1995.

korporatistisch zu schützen, weil sie Dilettantismus hervorbrachten. Die Wohlfahrtsorganisationen sollten sich um neue Finanzierungswege kümmern, weil der Sozialstaat sein hohes Engagement nicht mehr rechtfertigen könne. So wird ›Solidarität‹ auf das Zusammenstehen der abhängig Arbeitenden verkürzt, aber das gemeinsame Verwalten der Gewinne und der Wirtschaftsvermögen tabuisiert.

Vertreter der Gegenposition fordern aus einer unterstützenden Solidarität eine Grundversorgung mit der Zielsetzung, die Menschen würden dann selbst sinnvolle, freie und gemeinnützige Arbeiten entdecken.² Vertreter einer sozial-gerechteren Demokratie sehen den ›Dritten Sektor‹ als den gesellschaftlichen Raum des kooperativ-solidarischen Helfens an, in dem die Benachteiligten mit staatlicher Unterstützung (Subsidiarität) und Ermächtigung für sich mehr Gerechtigkeit schaffen können. Sie wollen keine staatliche Lenkung, den Sozialstaat aber auch nicht aus der Verantwortung entlassen. Denn Träger von mehr Wohlfahrt sollen die aktivierten Bürger sein. Der ›Dritte Sektor‹ ist so zu modernisieren, dass er die schöpferischen Kräfte steigern kann, und nicht nur auf die Verwerfungen des Marktes und die Verwertung der Arbeit in der Gewinnwirtschaft reagiert.

Damit sind aber weder die geschichtlichen Erfahrungen des kooperativ-solidarischen Engagements der Menschen analysiert, noch die ›produktiven Kräfte‹ (*Adam Smith, Friedrich List*) verstanden, die gegenüber Markt und Staat aktiv wurden und aktiviert werden sollen. Am Beispiel und Begriff der selbstorganisierten Arbeit sollen die hier skizzierten kontroversen Ansätze analysiert und auf den Schwerpunkt eines alternativen Arbeitens und Wirtschaftens inhaltlich erweitert werden. Dabei kommen *die* gesellschaftlichen Gruppen als Subjekt in den Blick, die nach dem herrschenden Wirtschaftsdenken eigentlich unbrauchbar und überflüssig sind. Sie haben für sich die menschliche Arbeit als das Gut für ein besseres Leben und Zusammenleben wiederentdeckt – notgedrungen außerhalb des Wirtschaftssystems und neben der staatlichen Unterstützung. Von ihnen lebens- und gesellschaftsförderliche Arbeitsformen lernen zu können, erwarten nur wenige.

² Vgl. etwa *Liselotte Wohlgenannt/Herwig Büchele*, Den öko-sozialen Umbau beginnen: Grundeinkommen, Wien 1990; *Ökumenisch-sozialethischer Arbeitskreis NRW*, Arbeit der Zukunft, in: Sozialkatholischer InfoDienst 3/2000. Der ursprüngliche Ansatz war *Milton Friedmans* Idee von der ›negativen Einkommenssteuer‹; vgl. *Gerhard Bäcker*, Sozialpolitik gegen Ausgrenzung. Zur Diskussion über Sozialhilfe, Negativsteuer und soziale Grundsicherung, in: Soziale Sicherheit 43 (1994) 361–371; *Orio Giarini/Patrick Liedtke*, Wie wir arbeiten werden. Der neue Bericht an den Club of Rome, Hamburg 1998, 179.

2. ARBEITEN UND WIRTSCHAFTEN IM DRITTEN SEKTOR

Die Entdeckung des ›Dritten Sektors‹ und die entsprechenden empirischen Untersuchungen folgen der ökonomischen, wirtschaftlichen Sehweise. Aber nur die Etymologie lässt noch erahnen, dass sowohl ›oikonomia‹ als auch ›wirtschaften‹ wesentlich mehr mit dem haushälterischen Umgang mit vorhandenen Gütern zur dauerhaften Versorgung aller zu tun haben als mit dem heute gängigen Begriff von ›Wirtschaft‹ als gewinnorientiertem Produzieren für den Markt. Um den neuzeitlichen Weichenstellungen und der wirtschaftsliberalen Reduktion nicht unkritisch zu folgen, muss man Wirtschafts- und Arbeitssysteme nach unterschiedlichen Kategorien (Steuerung, Herrschaftssystem, Ziel) systematisieren und dabei auch Alternativen herausarbeiten. Insofern greifen die Kritik am Johns-Hopkins-Projekt und die nachfolgenden Untersuchungen zum ›Dritten Sektor‹ zu kurz, wenn dessen Hauptfrage, ›was wird produziert?‹ zunächst nur um das Untersuchungsziel ›wie wird produziert?‹ ergänzt wird.³

Ein Blick in die Theoriengeschichte kann daran erinnern, dass Vertreter des Wirtschaftsliberalismus das zuvor herrschende Arbeitsverständnis, Menschen sollen ihre Motivation und Energie für ihre und anderer Bedürfnisse einsetzen, radikal revolutioniert haben. Nicht mehr die gute und gerechte Versorgung, das gute Leben und Zusammenleben, sind das vorrangige Ziel von Arbeiten und Wirtschaften, sondern allein das ›Werte schaffen‹. *Adam Smith* stellt die produktive Arbeit an die oberste Stelle, weil nur sie Güter hervorbringt, durch deren Verkauf Unternehmer die Arbeitskosten bezahlen und das eingesetzte Kapital erhöhen können. Jede andere Arbeit (z.B. eine große Hausdienerschaft) verursacht nur Kosten und zehrt den Kapitalstock auf, sie schafft keine Erträge, ist also ›unproduktiv‹. Die Menschen sollen nicht mehr nur mit Blick auf ihre vernünftigen Bedürfnisse arbeiten, sondern aus Selbstinteresse neue Systeme der Produktion, der Tausch- und Wettbewerbsbeziehungen aufbauen. Dabei harmonisiert *Smith*, im Kontext des Utilitarismus, den aus gewinnwirtschaftlicher Sicht propagierten Eigennutz mit dem Gesamtwohl.

Der Vorrang der werteschaaffenden, produktiven Arbeit ist wirtschafts- und gesellschaftsprägend (nur an die Erwerbsarbeit sind Einkommen, Sozialrechte und gesellschaftliche Anerkennung geknüpft), weil dieses Arbeitsverständnis weltanschauungsübergreifend wirkt. Die ›produk-

³ Vgl. *Frank Dückting*, Vom deutschen Verein zum »Dritten Sektor«, in: Widersprüche H. 75, 3/2000, 39–55, 42.

tive Arbeit« ist auch der Kern der Selbstfindung der Arbeiterbewegung.⁴ Aber Proteste gegen die (Mehr-)Arbeit des Geldes wegen, um danach davon zu leben, und gute Erfahrungen mit genossenschaftlicher Selbstversorgung haben in der Arbeiterbewegung ebenso Tradition.

Von hier aus ist insofern ein Zugang zum Dritten Sektor zu finden, als diese Tradition der Gegenseitigkeit in den europäischen Industrieländern durchgehend präsent ist und daraus immer wieder Initiativen und Projekte entstehen.⁵ Noch in den Jahren des ›Wirtschaftswunders‹ waren es Mitglieder der Studentenbewegung, die unter der Zielsetzung ›einer konkreten Utopie der gesellschaftlichen Arbeit‹ genossenschaftlich organisierte Betriebe gründeten. Sie konzentrierten sich auf den persönlichen Bedarf, auf alternative Lern- und Ausbildungsformen, auf Umweltreparatur und Kulturproduktion. Gegenüber der kapitalbestimmten Marktwirtschaft, die des Gewinnes wegen die Massenproduktion erfand, wurde hier eine Alternative sichtbar: Die Selbstorganisierten konzentrierten ihre Arbeit auf das Herstellen origineller Einrichtungsgegenstände und Spielzeuge, auf die sorgfältige Reparatur oder das Wieder-Instandsetzen wertvoller Gebrauchsgüter oder sie organisierten einen Handel in direkter Verbindung zu Genossenschaften in Ländern der Dritten Welt.

»Anders arbeiten – anders wirtschaften«⁶ ist eine Zusammenfassung praktizierter Konzepte; sie geben nicht das ganze Spektrum des bis dahin so genannten ›informellen Sektors‹ wieder, bieten aber einen Zugang zu wesentlichen Inhalten und Zielen. Danach traten Initiativen politischer Opposition, Selbsthilfegruppen und Projekte zur Unterstützung und Selbstorganisation der Arbeitslosen in den Vordergrund.⁷

2.1. Abgrenzungskriterien

Eine solche Deutung des Dritten Sektors mit Hinweis auf die arbeitsorientierte Alternativbewegung korrigiert das US-amerikanische Bild von höchst unterschiedlichen, vielgestaltigen Freiwilligenbewegungen. Dieser Ansatz hat die historisch gewachsenen Genossenschaften in Ita-

⁴ Vgl. *Werner Krämer*, *Geschichte der Arbeit: Welches Arbeitsverständnis beherrscht uns heute?*, in: *Gesellschaft im Test* 40 (2000) 74–85.

⁵ Vgl. den historischen Exkurs bei *Claus Offe/Rolf G. Heinze*, *Organisierte Eigenarbeit. Das Modell Kooperationsring*, Frankfurt 1990, 109 ff.

⁶ So der Obertitel des Sammelbandes *Joseph Huber (Hrsg.)*, *Dualwirtschaft: Nicht jede Arbeit muß ein Job sein*, Frankfurt 1979.

⁷ Vgl. *Fritz Vilmar/Brigitte Runge*, *Auf dem Weg zur Selbsthilfegesellschaft?*, Essen 1986; *Robert Jungk (Hrsg.)*, *Katalog der Hoffnung. 51 Modelle für die Zukunft*, Frankfurt 1990.

lien, Spanien und Frankreich ebenso im Blick wie die Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit und die gemeinnützigen Vereinigungen und Stiftungen. In all diesen Einrichtungen geht es nicht darum, Gewinne von vornherein auszuschließen, sie müssen am Markt konkurrieren, sondern darum, dass sie ihre Überschüsse satzungsgemäß gemeinnützig oder ihren sozialen Zielen entsprechend verwenden.

In diesem Rahmen formuliert *Karl Birkholzer* von der *Interdisziplinären Forschungsgruppe Lokale Ökonomie* an der TU Berlin fünf Abgrenzungskriterien für das ›Dritte System‹:⁸

1. Die Akteursgruppen in diesem Bereich unterscheiden sich signifikant von der Art und Weise des Wirtschaftens im ersten System (private, gewinnorientierte Wirtschaft) und im zweiten System (öffentliche, staatlich verfasste Wirtschaft).
2. Die Initiativen resultieren aus Mangelscheinungen; sie stellen Güter und Dienstleistungen bereit zur Befriedigung unversorgter Bedürfnisse. Dabei kommt es nicht darauf an, dass die erforderlichen Güter und Dienstleistungen überhaupt nicht angeboten würden. Der Mangel kann auch darin bestehen, dass diese nicht an einem bestimmten Ort, mit den erforderlichen Gebrauchseigenschaften oder zu einem vertretbaren Preis verfügbar sind. Zum Angebot gehören vor allem auch solche Güter und Dienstleistungen, welche nach herkömmlichem Verständnis nicht als Ergebnis wirtschaftlicher Tätigkeit verstanden und folglich auch nicht wertmäßig erfasst werden.
3. Die Organisationen beruhen auf dem freiwilligen und verantwortlichen Engagement von Bürgern, die sich von der Unterversorgung betroffen fühlen und in die als unzureichend erkannten Verhältnisse aktiv und direkt intervenieren. Das Dritte System kann deshalb zu Recht als Manifestation der *civil society* verstanden werden, worin auch ein anderes Politik- und Demokratieverständnis in Richtung auf mehr aktive Beteiligung und Verantwortung zum Ausdruck kommt.
4. Die Selbstorganisation der Bürger erfolgt auf gemeinschaftlicher bzw. kollektiver Basis. Formaljuristisch handelt es sich um private Initiativen, in ihrer Konsequenz aber um Aktivitäten, die Öffentlichkeit herstellen. Entsprechend sind die Organisationen in erster Linie sozialen oder gemeinwesenbezogenen Zielsetzungen verpflichtet.

⁸ Vgl. *Karl Birkholzer*, Das Dritte System als innovative Kraft: Versuch einer Funktionsbestimmung, in: *Widersprüche* H. 75, 3/2000, 71–88, hier 81–85.

Dem dienen die wirtschaftlichen Tätigkeiten: Sie sind nicht Selbstzweck, sondern nur ein Instrument zum Erreichen der übergeordneten Zielsetzungen.

5. Die erwirtschafteten Überschüsse werden sozialen bzw. gesellschaftlichen Zielsetzungen zur Verfügung gestellt. Absolute Gemeinnützigkeit ist kein Abgrenzungskriterium.

Dieses Profil des ›Dritten Systems‹ (so der von den Berlinern zur Abgrenzung von der Johns-Hopkins-Studie in die Europäischen Gremien eingeführte Terminologie) liest sich wie ein Grundsatzkatalog unter dem Gesichtspunkt der *Wirtschaftsweise* und nicht der Arbeitsformen oder gar der Formen des Zusammenlebens. Dadurch entsteht allerdings das Bild eines alternativen Wirtschaftens, das nicht nur als Kontrast zur Gewinnwirtschaft aufgebaut, sondern danach befragt werden sollte, inwieweit es Leitbild zu deren Analyse und zu deren schrittweisen Reform sein kann.

2.2. Konträre Auffassungen von ›Wirtschaften‹

Die Reaktion von Bürgern auf von ihnen erkannte gesellschaftliche Defizite, ihre Zielsetzung, Unterversorgten und Ausgegrenzten zu helfen, und ihre Versuche, diese selbst zu aktivieren, haben eine gesellschaftsethische Relevanz. Hier stehen zwei Ökonomien in der Auseinandersetzung: Im Wirtschaftsliberalismus stützen sich die Akteure gegenüber Staatseingriffen auf behauptete Naturgesetze des Marktes. Denen zufolge haben Nutzen und Erfolg der Unternehmen einen absoluten Rang. Auf Grund der Macht der Meinungsbildung wird der widersprüchliche Zusammenhang zwischen einzelwirtschaftlichem Gewinnstreben und der zunehmenden Unterversorgung gesellschaftlicher Gruppen nicht mehr diskutiert, geschweige denn eine Korrektur gefordert. Neue Forderungen an den Staat zum Ausbau betrieblicher Effizienz verbinden die Meisten mit positiven Wirkungen für das Gesamtwohl. Diese Harmonisierung ist aus der Frühgeschichte des Wirtschaftsliberalismus bekannt.

In der Ökonomie des bürgerlichen Engagements stehen Lebenssituationen und Lebenszusammenhänge im Mittelpunkt. Dieses Wirtschaften ist auf die bessere Zukunft des Gemeinwesens ausgerichtet, die dadurch geschaffen wird, dass allen ein menschenwürdiges Leben zuerkannt wird. Alle gesellschaftlich notwendigen Arbeiten (auch ehrenamtlich verrichtete), alle Leistungen (auch der Erziehung, der Pflege) und Kosten (auch des Umweltverbrauchs) werden anerkannt. Benachteiligten

wird durch gerechtere Verteilung des gemeinsam erwirtschafteten Reichtums geholfen: durch Einkommen oder verbriefte und tauschbare Versorgungsleistungen, durch Sozialversicherungsrechte, durch gesellschaftliche Achtung. Eine solche Deutung alternativen Wirtschaftens, identifiziert mit dem Handeln vieler Menschen im Dritten Sektor, enthält schon die Forderung, die Übertragbarkeit in die erste Ökonomie zu prüfen. In der politischen Entscheidung geht es zunächst darum, welches Wirtschaften mehr gefördert wird.

3. ARBEIT UND LEBEN VERBINDEN

Auch für die menschliche Arbeit ist festzuhalten, dass konträre Auffassungen um ihre Gestaltung und Indienstnahme kämpfen. Vertreter des Wirtschaftsliberalismus haben die Arbeitenden in Befehlsstrukturen und Maschinentakt eingebunden, und sie haben sie durch Leistungslöhne sowie durch Erschwernis- und Schichtzulagen systematisch ausgenutzt. Abhängig Arbeitende spüren aber bald an nachlassender Gesundheit, am vernachlässigten Familienleben und fehlenden zwischenmenschlichen Beziehungen, dass solches Arbeiten nicht zu mehr Lebensqualität führt.

Die Widersprüchlichkeit bei der Konstruktion der Erwerbsarbeit besteht vor allem darin: Betriebswirtschaftstheorien propagierten, den Betrieb als verlängertes Instrument des Unternehmerwillens zu verstehen. Sie übersahen, dass komplexe Abläufe nur funktionieren und Unternehmen nur überleben können, wenn auch die abhängig Arbeitenden im Sinn des Betriebszieles mitdenken. Abhängig Arbeitende sehen sich einerseits beherrscht, andererseits wollen sie sich mit ihrer Arbeit identifizieren, ein Mitgestaltungsinteresse entwickeln und ihre Motivation einbringen. Dazu sind aber gesicherte Entscheidungsfreiräume Voraussetzung.

Die Erwerbsarbeit steht zudem unter dem Diktat der Rationalisierung. Arbeitslose verlieren nicht nur die Kontakte zu den Arbeitskollegen, sie müssen alleingelassen ihre Situation verarbeiten, weil schon frühe Vertreter des Wirtschaftsliberalismus Arbeitslosigkeit als individuelles Versagen deklariert haben und mit dieser Behauptung meinungsbildend waren.

Die Wohlfahrtsverbände stehen unter einem enormen Spardruck, auf den die Einrichtungsleitungen mit Konzepten reagieren, die wirtschaftswissenschaftlich begründet sind und als Erfolg versprechend gelten.

Aber diejenigen Menschen, die sich für personenbezogene Dienste entscheiden, arbeiten nicht zuerst des Geldes wegen, sondern weil sie anderen helfen wollen. Müssen sie aber ihre Zielvorstellungen des persönlichen, selbstständig-kreativen Einsatzes ökonomistischen Mechanismen unterordnen, wiegt ihre Enttäuschung schwerer als die der in industriellen Arbeitsverhältnissen Stehenden. In vielen sozialen und religiösen Bereichen außerhalb des Erwerbssystems haben sich ehemalige, enttäuschte Mitarbeiter neue Aufgaben gesucht. Rekrutierung und langfristige Einbindung von motivierten und qualifizierten Mitarbeitern wird dann zur *Zukunftsfrage* sozialer Arbeit, die nicht mit Geld, sondern nur dadurch zu lösen ist, dass die Mitarbeiter Inhalte und Organisation ihrer Arbeit gemeinsam beurteilen und kollektiv mitbestimmen können.⁹

Gewerkschaften haben zu lange auf die Attraktivität der technischen Berufe gesetzt und Politiker fördern sie mehr als die sozialen Berufe. Reformnot besteht aber nicht nur für die Ausbildung, sondern auch für Arbeitsorganisation und Mitbestimmung, für die Arbeitsbedingungen und die Chance, die zwischenmenschlichen Beziehungen zu den zu Betreuenden verantwortlich gestalten zu können.

Für die Hauswirtschaft, für die Erziehung und Pflege in den Familien der Industriegesellschaften hat sich schon eine weltweite Dienstmägde-Migration entwickelt. Arbeitsverhältnisse und Arbeitsbedingungen entsprechen eher der frühindustriellen Dienstbotengesellschaft. Von daher ist das Konzept des Wirtschaftens im ›Dritten System‹ kritisch zu überprüfen.¹⁰

4. QUALIFIKATIONSGESELLSCHAFTEN

An Stelle von Arbeitslosigkeit und staatlicher Arbeitslosenhilfe oder gelegentlich auch befristeten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind die neuen Transfergesellschaften eine hoffnungsvollere Perspektive. Statt den Personalabbau inaktiv hinzunehmen, wollen diese Gesellschaften den Strukturwandel aktiv vorausschauend mitbestimmen. Sie entstehen regional unterschiedlich konstruiert durch die Zusammenarbeit von Arbeitsämtern, Gewerkschaften, Unternehmen, Industrie- und Hand-

⁹ Vgl. Werner Krämer/Karl Gabriel/Norbert Zöller (Hrsg.), Neoliberalismus als Leitbild für kirchliche Innovationsprozesse? Arbeitgeberin Kirche unter Marktdruck, Münster 2001, 12.

¹⁰ Vgl. Helma Lutz (Arbeitsstelle interkulturelle Pädagogik, Universität Münster), Die neuen Hausmädchen, in: FR-Dokumentation 18. Juli 2000.

werksverbänden und kommunalen Behörden. Für ihre inhaltliche Ausrichtung ist nicht nur die beschäftigungspolitische Verantwortung von Behörden, Tarifparteien und Regionen einzuklagen, sondern auch ein Zukunftsbild der gesellschaftlichen Arbeit gefordert, in das auch das Arbeitspotenzial der schon früher Ausgegliederten einzubringen ist. Solange die Entscheidungsträger mit Qualifikationsprogrammen aber die Vorstellung verbinden, die Arbeit müsse sich nach einer Anschubfinanzierung möglichst bald durch Warenverkauf und bezahlte Dienstleistungen selbst finanzieren, sind wir von einer gesellschaftlich sinnvollen Vollbeschäftigung weit entfernt.

Angesichts der ökonomischen und psychosozialen Kosten der Massenarbeitslosigkeit und des nicht erstellten Sozialprodukts hat der sozialstaatlich geförderte Beschäftigungssektor zunehmend an Bedeutung zu gewinnen.¹¹ Dazu ist aber notwendig, dass die Initiatoren den Mitgestaltungswillen und die sozialen Orientierungen der Mitarbeiter fördern und allen Tätigkeiten denselben Rang einräumen wie der Werteproduktion. Die Mitarbeiter in Qualifikationsgesellschaften, die sich vorbereiten, fundamentale gesellschaftliche Bedürfnisse zu erfüllen, sollen sich nicht als Kostgänger verstehen, nur weil sie nicht aus Produktionsgewinnen bezahlt werden. Dabei sind Brückenschläge und Übergänge zum formellen Wirtschaftssektor nicht zu vernachlässigen. Aber nicht von daher beziehen Qualifikationsgesellschaften ihre Legitimation. Ihr Wert ist durch die (im kapitalbestimmten Wirtschaftssystem vernachlässigte) Arbeitsgelegenheit und durch die gesellschaftsnotwendigen und lebensförderlichen Tätigkeiten begründet.

Auf Grund der bisherigen Wirtschaftsorientierung sind in den Industrieländern die Warenmärkte gesättigt. Die Unternehmen haben den Produkten einen höheren Rang eingeräumt als dem Arbeitsprozess, und sie haben den Verbrauchern einen wesentlichen Teil der nichtrationalisierbaren Arbeit aufgedrängt – meist sind dies Dienstleistungen (Selbstbedienung, Information und Gebrauchsanweisung, Selbstabholung) –, die aber nicht alle Betroffenen selbst verrichten können. Von daher sind Projekte solidarischen Arbeitseinsatzes gegenüber dem Vorrang des Kapitaleinsatzes zu erproben, von daher sind das vernetzte Arbeiten in unserer differenzierten Gesellschaft, das Verrichten von nicht-standardisierbaren Arbeiten im Gegenüber zur Spezialisierung, das Wiederher-

¹¹ Vgl. *Norbert Reuter*, »Zweiter Arbeitsmarkt« und »Öffentlicher Beschäftigungssektor«. Zur wachsenden Bedeutung politisch steuerbarer Arbeitsmärkte, *Arbeiterfragen* 3/94, Herzogenrath 1994.

stellen neben der Produktion und das Betreuen wider die Vereinsamung förderungswürdige Betätigungsfelder.

In der Bundesrepublik gibt es ungeheure Unternehmens- und Privatvermögen: Ein Lastenausgleich zum Schaffen solcher Arbeiten ist eine Forderung der sozialen Gerechtigkeit. Industriegesellschaften haben darüber hinaus soziale Pflichten, weil ihr Reichtum nicht vom Himmel gefallen ist. Initiativen, die faire Wirtschaftsbeziehungen mit Genossenschaften in Ländern der Dritten Welt unterhalten, sind großzügig zu unterstützen.

4.1. Neue Arbeit in Städten und Regionen

Um dauerhaft benachteiligten Bevölkerungsgruppen zu helfen, wurden an vielen Orten Beschäftigungsgesellschaften unter maßgeblicher Beteiligung von Kommunen und Kreisen gegründet.¹² Eine Stadt ist Eigentümerin eines großen Hofgutes. Dieses verpachtet sie nicht privatwirtschaftlich, sondern gibt 250 Jugendlichen die Möglichkeit, ökologischen Anbau zu betreiben und sich dafür ausbilden zu lassen. Die Feldfrüchte sind auf Grund des steigenden Gesundheitsbewusstseins sehr gefragt. Die Jugendlichen sehen ihre Arbeit als gesellschaftlich innovativ und sinnvoll an.

Zur ordnungsgemäßen Entsorgung des Sperrmülls hat eine Stadt eine Beschäftigungsgesellschaft (800 Jugendliche) initiiert. Die Mitarbeiter sammeln und reparieren Haushaltsmaschinen, sie entsorgen (nach einem selbstentwickelten, patentierten Verfahren) Kühlschränke und sortieren Batterien. Die Sorge für die Umwelt ist die Grundlage für die sinnvolle Arbeit. Bezahlt wird sie durch die Sperrmüllgebühren und Zuschüsse aus staatlichen (europäischen) Umweltprogrammen.

Kirchengemeinden und Wohlfahrtsverbände haben unterschiedlichste dauerhafte Arbeitsgruppen für Jugendliche geschaffen: Sie drucken Pfarrbriefe und Zeitungen, sie tünchen kircheneigene Räume, pflegen Grünanlagen, stellen kindergerechtes Holzspielzeug her. Neue Arbeiten finden die Gruppen meist selbst. Denn sie erkunden die Bedürfnisse, die unser Wirtschaftssystem auf Grund der Gewinnorientierung nicht erfüllen kann.

Ohne Unterstützung der Behörden können Beschäftigungsgesellschaften ihre Zielsetzung, gesellschaftlich notwendige und nützliche Arbeit

¹² Demgegenüber wird in Ruhrgebietsstädten meist das Ziel verfolgt, durch Arbeitsprogramme einer möglichst großen Zahl von Sozialhilfeempfängern ein Einkommen anstelle der Sozialhilfe zu verschaffen, um die städtischen Sozialhaushalte zu entlasten.

zu entdecken und neue, dauerhafte Arbeitsplätze zu schaffen, nicht realisieren. Grundlage dafür ist aber auch eine Revision des überkommenen Arbeitsverständnisses.

4.2. Umverteilung: Erwerbs- und Familienarbeit

Für die Umverteilung der Erwerbsarbeit ergeben sich Verteilungspotenziale, wenn die bisher geleistete gesellschaftlich notwendige, aber privatisierte Arbeit gesellschaftlich anerkannt und sozialstaatlich gefördert wird. Dann können nämlich die Familienarbeit und die Eigenarbeit als sinnstiftende Grundlage für Lebensentwürfe und Gesellschaftskonzepte einbezogen werden. Dazu muss man sich vergegenwärtigen, dass im Erwerbssektor (nach Stunden und auch der Wertschöpfung nach) nicht einmal halb so viel gearbeitet wird wie im privaten Sektor.¹³ Die Familienarbeit wurde erst auf Grund der neuzeitlichen Arbeitsideologie privatisiert. Sie ist, obwohl *gesellschaftlich* notwendig, weitgehend auf die Frauen abgewälzt.

Bei einer Neuverteilung der Erwerbsarbeit können Frauen *und* Männer die Familienarbeit als sinnvolle Betätigung in dem Maß ansehen, als sie gesellschaftlich anerkannt, zur Existenzsicherung (etwa durch ein mehrjähriges Erziehungsgeld) beiträgt und in neuen kommunikativen Formen vollzogen wird. Wirtschaftsliberalen Einwendungen ist entgegenzuhalten, dass der *Arbeitsmarkt* doch nur dann seinen Namen verdient, wenn auch die abhängig Arbeitenden Wahlmöglichkeiten haben. Diese sind aber erst bei annähernder Vollbeschäftigung gegeben. Für das solidarische Teilen der gesamten Arbeit¹⁴ können Institute und Initiativen des Dritten Sektors einen wichtigen Beitrag leisten, ohne dass in unserer Gesellschaft eine Dienstbotenklasse entsteht.

5. EHRENAMTLICHE TÄTIGKEITEN

Ehrenämter haben Tradition im Gerichtswesen, in Politik und Wirtschaft: Bürgermeister, Aufsichtsräte, Ausschussmitglieder – sie alle haben Entscheidungsmacht und erhalten für ihre Tätigkeit oft hohe Auf-

¹³ In der Bundesrepublik werden ca. 77 Mrd. Arbeitsstunden pro Jahr als Hauswirtschafts-, familiäre Pflege- und Erziehungsarbeit geleistet (ohne ehrenamtliche Arbeit); 1960 wurden 57 Mrd. Stunden Erwerbsarbeit gezählt, 1999 waren es nur noch ca. 43 Mrd. Das Erwerbsvolumens ist um 25 Prozent zurückgegangen.

¹⁴ Vgl. dazu *Gisela Notz*, Der Dritte Sektor und die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung, in: *Widersprüche* H. 75, 3/2000, 57–70.

wandsentschädigungen. Bei Sport-, Kultur-, Senioren- und Bildungsvereinen sowie bei Jugendverbänden, bei den Rettungsdiensten und der freiwilligen Feuerwehr geht es um zwischenmenschliches Fördern und Helfen.

Noch anders ist die Mitarbeit in Wohlfahrtsverbänden zu beurteilen: Das soziale Engagement für Hilfe suchende, Not leidende Jugendliche, für Arbeits- und Wohnungslose, für Flüchtlingsfamilien, für Verarmte, Überschuldete, Süchtige wird meist gar nicht wahrgenommen oder wenig geachtet.¹⁵ Die traditionelle Armenfürsorge organisierten Klöster und Pfarreien. Zu Beginn der Industrialisierung verfolgten die Leiter der kommunalen Waisen- und Arbeitshäuser das Ziel, die Insassen zu disziplinierten Arbeitskräften zu erziehen. Beeindruckt von der wirtschaftsliberalen Verheißung ›Arbeit für alle‹ zogen sich die Städte aus der Armenpflege zurück. Es waren Frauen aus bürgerlichen Familien, welche die ›Nächstenliebe‹ privat organisierten, auch mit der Absicht, am öffentlichen Leben teilzunehmen und dessen Entwicklung zu beeinflussen.

Gegenüber der wirtschaftsliberalen These und gegenüber sozialstaatlichen Utopien hat sich gezeigt: Wirtschaftssektor und bürokratischer Staat schaffen auch neue Probleme. Direktes Helfen und den Einsatz für Gemeinschaft und Umwelt machen sie nicht überflüssig – sie machen ihn notwendig. In unserer Gesellschaft schauen die Meisten auf die Erfolgreichen. Die sozial Engagierten haben gelernt, Not aufzudecken, und schauen nach den Not Leidenden. Diese Arbeit führt aus privater Isolation und führt zu Freundschaften. Die Engagierten entwickeln Einfühlungsvermögen, korrigieren ihre Selbsteinschätzung und ihre Lebensziele. Aber die Strukturen der freiwilligen sozialen Arbeit sind fast unverändert: Der subjektiv erfahrbaren sinnvollen Arbeit entspricht meist keine Bezahlung, keine Gleichstellung mit den Hauptamtlichen bei Entscheidungen und eine verhältnismäßig geringe gesellschaftliche Anerkennung. Dies gilt auch für den langfristigen Einsatz.

Freiwillige gemeinnützige Tätigkeit ist eine eigenständige Arbeitsform. Aber in unserer Gesellschaft wird sie immer dann gefordert, wenn Wirt-

¹⁵ Nach der neuen Studie im Auftrag des Familienministeriums (vgl. Freiwilliges Engagement in Deutschland – Freiwilligen-Survey 1999. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement (Schriftenreihe des BMFSFJ, Bd. 194), Stuttgart-Berlin-Köln 2001) engagieren sich 22 Millionen Bürger, das sind 34 Prozent der Erwachsenen über 14 Jahre, in ehrenamtlicher sozialer Arbeit: freiwillige Mitarbeit in Verbänden, Initiativen oder sozialen Projekten. Nach der Studie wären weitere 20 Millionen Bürger dazu bereit, wenn sie besser informiert und beraten würden.

schaft oder Staat ihre Aufgaben nicht erfüllen. Es ist eine Instrumentalisierung, sie als Antwort auf Erziehungsmängel anzusehen, auf die Folgen stupider Erwerbsarbeit, auf die Beschäftigungs- und auf die Sinnfrage, auf Lücken der professionellen staatlichen Versorgung und als Gegenleistung der Sozialhilfeempfänger. Diese Sicht vergisst: Menschen, die eine unersetzbare Arbeit verrichten, müssen mit ihr auch Lebenschancen verbinden können, d. h. wenigstens eine teilweise Existenzsicherung erhalten. Einer ›Bürgerarbeit‹, durch die Arbeitslose (anstelle der bisherigen Unterstützung) nur geringfügig entlohnt und andere Arbeitende nur ›belohnt‹ werden, fehlt eine ethisch unaufgebbare Dimension menschlicher Arbeit, die Existenzsicherung.¹⁶

6. ARBEITEN IM SELBSTORGANISIERTEN VERSORGUNGSSYSTEM: TAUSCHRINGE

In den Industrieländern kommt immer wieder eine Arbeitsform zum Tragen, die ihren Merkmalen zufolge zum Kernbereich des Dritten Sektors gehört, von der Forschung aber nicht entsprechend wahrgenommen wird.¹⁷ Das Arbeiten für die Bedürfnisse anderer zur eigenen Existenzsicherung hat seinen Ursprung in den Produktiv- und Konsumgenossenschaften der Arbeiterbewegung. Diese Arbeit kann in unserer Gesellschaft aber nicht als Ersatz für die Erwerbsarbeit, sondern als deren Ergänzung angesehen werden.

Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger haben Zeit und Ideen, was ihnen fehlt ist Geld. Einige mit Initiativkraft haben Organisationen geschaffen, in denen die Mitglieder im gegenseitigen Tausch ihre Qualifikationen anbieten, um ihre Lebenslage zu verbessern. Sie bringen die Arbeiten ein, die sie verrichten können und die nachgefragt werden. Damit erarbeiten sie sich, was sie brauchen oder gern haben möchten, insofern es andere anbieten. Es ist nicht bekannt, dass Geringqualifizierte in diesem System ›arbeitslos‹ sind. Einfache Arbeiten sind gefragt, erarbeiten können sich Mitglieder Nützliches (z. B. Bücher) und auch exotische, für sie sonst unerreichbare Dinge oder Dienste, die etwa Mitglieder ausländischer Herkunft (z. B. ein festliches Geburtstagsessen für mehrere Personen) anbieten. Denn in der Selbstversorgungskooperation werden nur Materialien mit Geld beglichen.

¹⁶ Vgl. *Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen*, Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland, Bonn 1997, 150; vgl. auch das Mehrschichtenmodell der Arbeit von *Giarini/Liedtke* (Anm. 2), 231–246.

¹⁷ Vgl. *Offe/Heinze* (Anm. 5).

Die Arbeit ist der Grundwert allen Wirtschaftens und der Wertmaßstab für die Arbeit ist (in der Regel) die eingesetzte Lebenszeit. Diese Wertungen im nicht-monetären Verrechnungssystem gelten auch dann, wenn sich Wirtschaftsunternehmen an den Kooperationsringen (z. B. eine Buchhandlung) beteiligen. Von ihnen werden die Belege für geleistete Arbeiten auf einer Stundenlohnbasis umgerechnet. Die Summe kann zum geldadäquaten Kauf genutzt werden. Auch die Unternehmen fragen Arbeit nach und geben Arbeitsbelege aus. Das Tauschsystem dient der Versorgung; die Anhäufung von Arbeitswerten ist unnützlich und »Bereicherung« somit nicht möglich.

Vor allem die Menschen nutzen den Arbeitsaustausch,¹⁸ deren Zeit und Einsatz brach liegen, weil sie im Erwerbssektor nicht gebraucht werden. In der Kooperation erfahren sie nicht nur, dass ihre Arbeit für andere notwendig, der Einsatz ihrer Lebenszeit hilfreich und unmittelbar sinnvoll ist, sondern sie lernen authentische Kommunikation und zwischenmenschliche Beziehungen ganz neu schätzen. In den Arbeitstauschringen haben die Bedürfnisse Vorrang, Bedürftige sind Träger (Subjekt) der Organisation. Sie versorgen sich mit Diensten und Lebensgütern, und in dem Maß, in dem sich Wirtschaftsunternehmen beteiligen, können sich die Mitglieder Wirtschaftsgüter erarbeiten.

Das Recht auf Arbeit zielt auf Existenzsicherung und gesellschaftliche Beteiligung. Wer dieses Recht nicht individualistisch verengt, wird fordern, dass der Sozialstaat die hier beschriebenen Arbeiten als Ergänzung zum Erwerbssektor anerkennen und fördern soll. Dies kann aber nicht heißen, »die« Wirtschaft, die sich gern als alleinzuständig definiert, aus der Pflicht zu entlassen, neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen und durch Umverteilung die Versorgung der Bevölkerung sicher zu stellen. Auch der Dritte Sektor ist für die dort Tätigen nur als Ergänzung und nicht als Ersatz anzusehen.

Werner Krämer, Dr. theol. habil., ist Privatdozent für Sozialethik an der Universität Dortmund.

¹⁸ In England gibt es über 5000 Barter-Ringe, die meisten haben etwa 2000 Mitglieder.